



Rede von Bürgermeister Elmar Schröder zur Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2017

Diemelstadt, den 17.11.2016

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!**

Der Magistrat legt Ihnen in der heutigen Sitzung den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2016 bis 2020 vor. Wir erreichen somit in der Finanzplanung schon das nächste Jahrzehnt, woran man wieder einmal sehen kann, wie rasend schnell die Zeit vergeht. Hatten wir noch in der letzten Sitzung mit den wesentlichen Ergebnissen des Jahresabschlusses 2015 zu tun, geht es jetzt also um unsere haushalterischen Erwartungen für 2017. Und die sind, das kann ich jetzt schon vorwegnehmen, wieder recht gut.

Letztes Jahr zu diesem Zeitpunkt waren wir durch die Zuspitzung der Flüchtlingskrise vor ungemein große Herausforderungen gestellt. Ich glaube, alle, die hier sitzen, waren mehr oder weniger stark in die Thematik eingebunden. Die ersten großen Sammelunterkünfte im Kreis mussten eingerichtet werden und die Suche nach geeignetem Wohnraum lief auf Hochtouren. Die Bürgergesellschaft war in einer völlig neuen Weise herausgefordert, aber auch verunsichert und besorgt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals unterstreichen, dass es richtig und wichtig war, über den Landkreis zusätzliche Wohncontainer für die gemeindliche Unterbringung beschaffen zu lassen. Wer dieses heute aus der Sicht von heute als Fehlentscheidung kritisiert, hat vergessen, in welcher Ausnahmesituation wir alle standen. Plan B wären auch bei uns die Kreissporthallen oder die Lindenhalle gewesen, mit allen nur erdenklichen Konsequenzen für die Ortsgemeinschaften, die sportlichen und die Vereinsaktivitäten. „Sonntagmorgen ist es leicht zu sagen, was für Lottozahlen zum Gewinn geführt hätten, die am Samstag gezogen wurden.“

In der Exekutive müssen manchmal in sehr, sehr kurzer Zeit Entscheidungen getroffen werden, Zeitfenster sind nur einen eng begrenzten Moment offen. Ich denke da etwa auch an verschiedene Momente der letzten Jahre zurück, z. B. bei der Aufnahme in das Programm für die Kindergartenerweiterungen bei der U3-Betreuung, bei Ausführung der Straßensanierung K 91 in Orpethal, bei der Entscheidung zur Sanierung des Schlosses Rhoden oder auch beim drohenden Zuwendungsverlust im Rahmen des Abwassersofortprogramms.

Auf die Unterbringungssituation in Wohnungen, Gemeinschaftsunterkünften oder Mobilheimen zurückzukommen kann man dieses nur als Akt der Solidarität unter den Kommunen des Landkreises bezeichnen. Ich glaube, dass wir im vergangenen Jahr eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen seit dem 2. Weltkrieg gemeinsam bis heute bestmöglich gelöst haben. Darauf dürfen wir auch stolz sein. Ich werde im Verlauf meiner Rede nochmals hierauf zurückkommen.

Haushaltspolitik verkommt in diesen Zeiten humanitärer Katastrophen, von grauenhaften Bürgerkriegen und widerwärtigen terroristischen Anschlägen gepaart mit einer höchst unsicheren und prekären politischen Großwetterlage eigentlich zur Nebensache. Das ist sie aber nicht, sie ist Grundlage für alles gemeindliche Handeln, und ich bin froh, dass wir überhaupt noch Handlungsspielräume haben. Dieses haben die Haushalte der letzten Jahre, aber auch die Ihnen zwischenzeitlich zahlreich vorgelegten Jahresabschlüsse gezeigt.

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
kommen wir nun zum Haushalt 2017.**

Das letztjährig Geschaffte, Einbringung des Haushalts – wie früher in der Kameralistik – wieder im November und Verabschiedung in der „Weihnachtssitzung“ hatte viel Anklang gefunden, führte zu einer außerordentlich zeitnahen Genehmigung durch die Kommunalaufsicht und ist zudem so rechtlich gewollt. Es ist aber auch methodisch angezeigt, mit dem Jahresausklang die Planung für das neue Jahr abgeschlossen zu haben und nicht im Januar oder Februar noch damit befasst sein zu müssen.

Auch dieses Jahr haben wir es wieder geschafft, obwohl die eingangs beschriebene Situation, aber auch die restliche **Abwicklung des Abwassersofortprogramms** uns allen viel abverlangt hat, wofür ich bereits jetzt den Beteiligten meinen ausdrücklichen Dank aussprechen möchte.

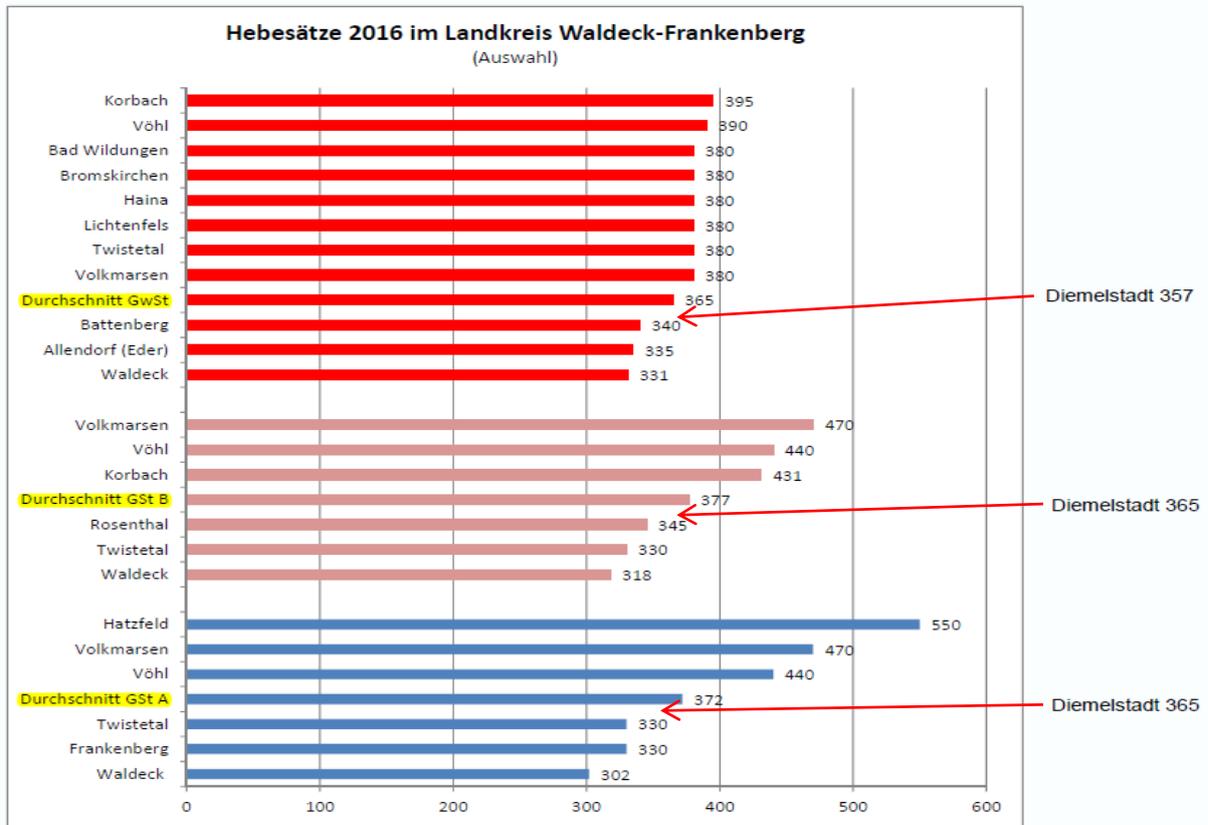
Es ist uns auch erneut gelungen, den Haushaltsausgleich herbeizuführen. Entscheidend hierfür war vor allem, dass Sie letztes Jahr nach **Feststehen der Nivellierungshebesätze des neuen Kommunalen Finanzausgleichs** die Steuersätze durch Hebesatzsatzung per 1. Januar 2016 angepasst hatten. Zudem kann mit höheren Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie an Schlüsselzuweisungen gerechnet werden. Eine Konsolidierung bleibt uns daher erneut erspart, ja, wir können weiterhin kommunale Selbstverwaltung ausüben.

Mit den unterm Strich **guten Jahresabschlüssen** der Vergangenheit steht die Stadt Diemelstadt ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft als ein starker Partner, Gestalter und Entwickler zur Seite. Ich denke, dass wir mit Stolz sagen können, dass sie sich auf uns verlassen können.

Die Gewerbesteuererträge flossen in 2015 bekanntlich sehr gut. Angesichts dessen sowie hinsichtlich der Hebesatzerhöhung waren wir dieses Jahr von noch höheren Erträgen ausgegangen. Ob sich dieses schlussendlich bewahrheitet, wird erst der Jahresabschluss 2016 zeigen. Nach jetziger Erwartung ist der Ansatz in 2017 von rd. 2,31 Millionen Euro auf rd. 2,16 Millionen Euro zurückzunehmen, immer noch ein sehr beachtlicher Wert, gefolgt vom Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der nach rd. 2,03 Millionen Euro im Vorjahr mit jetzt rd. 2,14 Millionen Euro erwartet wird. Glücklicherweise wird dieses insgesamt zu befürchtende kleine Minusgeschäft von deutlich steigenden Schlüsselzuweisungen um über 0,3 Millionen Euro begleitet. Da der Gesamtüberschuss des Ergebnishaushalts gerade einmal knappe 30.000 Euro beträgt, ist leicht ablesbar, dass wir ohne Erhöhungen der Hebesätze in 2016 den Ausgleich auf keinen Fall geschafft hätten und in die Konsolidierung getrieben wären. Wir müssen nächstes Jahr aber nicht noch einmal an der Steuerschraube drehen, das Anheben dieses Jahr war auskömmlich - hinsichtlich der erhöhten Nivellierungshebesätze durch den Landesgesetzgeber uneingeschränkt angezeigt und somit Schaden für die Stadt abwendend – ein gutes Ergebnis, und wenn man die interkommunalen Hebesatzvergleiche betrachtet zudem nicht selbstverständlich.

Kommunale Steuern im Landkreis Waldeck-Frankenberg im Jahr 2016										
	Hebesatz in Prozent (Veränderung zu 2015)			Existenz der Steuer [Steuersatz]: (Veränderung zu 2015)						
	Gewerbe- steuer	Grundsteuer A	B	Betten- steuer	Hundesteuer für den 1. Hund in €	für gefährliche Hunde	Pferde- steuer	Spielapparate- steuer	Vergnügung- steuer	Zweitwoh- nungsteuer
Allendorf (Eder)	335 (+25)	332 (+22)	365 (+55)	nein	48 (+18)	270,00	nein	ja	nein	nein
Bad Arolsen	370	350	400	nein	48,00	nein	nein	ja	nein	nein
Bad Wildungen	380	360	360	nein	42,00	nein	nein	ja	nein	ja [15]
Battenberg	340 (+30)	359	359	nein	50,00	300,00	nein	ja	nein	nein
Bromskirchen	380	350	365 (+55)	nein	60,00	nein	nein	ja	nein	nein
Burgwald	360 (+30)	380 (+20)	380 (+20)	nein	42,00	200,00	nein	nein	nein	nein
Diemelsee	360	360	360	nein	48 (+8)	300 (+260)	nein	ja	nein	ja [10]
Diemelstadt	357 (+57)	365 (+65)	365 (+65)	nein	48,00	96,00	nein	ja	nein	nein
Edertal	360	360	360	nein	60,00	375,00	nein	nein	nein	ja [10]
Frankenau	360	390	390	nein	54,00	nein	nein	ja	nein	ja [12]
Frankenberg	357 (+27)	330	396	nein	42,00	nein	nein	ja	nein	nein
Gemünden (Wohra)	360	360	360	nein	36,00	240,00	nein	nein	nein	nein
Haina	380 (+20)	360 (+20)	400	nein	60,00	nein	nein	nein	nein	nein
Hatzfeld	357 (+47)	550 (-150)	365 (-115)	nein	60,00	300,00	nein	ja	nein	nein
Korbach	395	350	431 (+46)	nein	72,00	396,00	nein	ja	nein	nein
Lichtenfels	380	360	360	nein	72,00	nein	nein	ja	nein	nein
Rosenthal	360 (+30)	345 (+15)	345 (+15)	nein	48,00	500 (+452)	nein	nein	nein	nein
Twistetal	380 (+50)	330 (+10)	330	nein	50,40	620,00	nein	ja	nein	nein
Vöhl	390	440	440	nein	72,00	336,00	nein	ja	nein	ja [12,5](+0,5)
Volkmarsen	380	470	470	nein	96,00	500,00	nein	ja	nein	nein
Waldeck	331 (+21)	302 (+27)	318 (+43)	nein	60,00	396,00	nein	ja	ja	ja [13]
Willingen	360	380	380	nein	60,00	nein	nein	ja	nein	ja [12,5]
Ø Waldeck-Frankenberg	365 (+15)	372 (+1)	377 (+8)	0 von 22	54	345	0 von 22	17 von 22	0 von 22	7 von 22

Quelle: Steuerumfrage des BdSt Hessen e.V., Angaben der Städte und Gemeinden



Nachrichtlich sei erwähnt, dass in unseren westfälischen Nachbarstädten folgende Grundsteuer B-Sätze 2017 gelten: Marsberg 675 Punkte und Warburg 429 Punkte.

Die Belastungen aus der diesjährigen Hebesatzerhöhung haben sich wie erwartet im Rahmen gehalten. Wir haben von Anfang an die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft thematisch mitgenommen, gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet und somit überhaupt keine nennenswerte Kritik aus Reihen der Steuerpflichtigen erhalten, zumal sich im Bereich der Gewerbesteuer für einige Gesellschaftsformen die Steuererhöhung schlussendlich weiterhin neutralisiert und somit gar nichts geändert hat.

Die Haushaltsplanung hat dieses Jahr wegen dem erneuten Einbringungstermin schon im November wieder deutlich früher begonnen als zuletzt, auch unter der bewussten Gefahr, damit mehrfach von der Zahlenrealität eingeholt zu werden. Und so ist es dann auch des Öfteren wieder leider gekommen. Selbst in der Magistrats-sitzung zur Planaufstellung musste die Verwaltung einige wichtige Zahlen nochmals „updaten“. Umso mehr freue ich mich, dass wir es geschafft haben und Ihnen auch tatsächlich bei heutiger Einbringung der Haushalt in gewohnter Weise vorliegt.

Haushaltsausgleich bedeutet, dass die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden. Der Ergebnishaushalt 2017 wird wie im Vorjahr einen Überschuss erwirtschaften, nämlich in Höhe von den bereits erwähnten 29.532 Euro.

Die **Abschreibungen**, die in den laufenden Ausgaben enthalten sind, steigen infolge der hohen Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren weiter um beachtliche rd. 100.000 Euro auf nunmehr rd. 1,8 Millionen Euro, d. h., selbst wenn wir nächstes Jahr als Stadt völlig untätig würden, wäre dieser Betrag trotzdem weg. Wichtig ist daher, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Summe aus den laufenden Einnahmen erst einmal erwirtschaftet werden muss, was wir jedoch glücklicherweise schaffen. Diese Größe gab es bekanntlich in der Kameralistik nicht in dieser Form.

Auch die **Zinslast** von rd. 376.000 Euro wird vom Ergebnishaushalt erlöst. Beides sind ungemein wichtige Voraussetzungen dafür, nicht in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Es muss daher in der Zukunft weiter alles dafür getan werden, dass hier nichts „anbrennt“. Die Stadt Diemelstadt erwirtschaftet somit im sechsten Planjahr in Folge aus den laufenden Einnahmen den Werteverzehr ihres Vermögens, und genau so hat es der Gesetzgeber bei Einführung der neuen Rechnungslegungsmethode gewollt.

Drei Jahresabschlüsse waren wie bekannt seit Einführung der Doppik defizitär - insbesondere wegen erhöhter Bildung von Rückstellungen - kumuliert sind die Ergebnisse aber deutlich positiv. Bei Vorstellung der Jahresabschlüsse sind wir ausführlich hierauf eingegangen.

Nach jetziger Erwartung kann mit einer **Rücklage aus Überschüssen** des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von rd. 5,44 Millionen Euro in das neue Haushaltsjahr gestartet werden. Die deutliche Rücklagenerhöhung resultierte ja bekanntlich aus dem Einmaleffekt der Rückstellungsauflösung im Abschlussjahr 2012 hinsichtlich der neuen Rechtslage. Mit dem erwarteten Jahresüberschuss 2017 wird diese Rücklage zum Ende nächsten Jahres voraussichtlich rd. 5,47 Millionen Euro betragen – ein beruhigender Wert für zukünftige Jahresabschlüsse, denn im Ergebnishaushalt entstehende Defizite könnten hiermit geschlossen werden. Aber – ich sage es jedes Jahr an dieser Stelle: Grundsätzlich kann man diesen Joker nur im Planjahr einmal ziehen. Würden in Folgejahren weitere Defizite entstehen, muss konsolidiert werden, so oder so. Der Gesetzgeber duldet demgemäß kein dauerhaftes Leben von der Substanz. Auch weise ich wie immer darauf hin: Lösen Sie sich zudem bitte von dem alten kameralen Gedanken, dass dieses Geld auf dem Spargbuch liegt. Dem ist nicht mehr so. Über den Geldfluss gibt in der Doppik bekanntlich der Finanzhaushalt Auskunft, hier sind die Zahlungsströme abgebildet, der Kaufmann spricht vom sogenannten Cash-Flow.

Zur **Finanzierung investiver Ausgaben** ist wieder eine Kreditaufnahme von rd. 1,5 Millionen Euro erforderlich. Darin enthalten ist jedoch auch das vom Land Hessen hochsubventionierte Darlehen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm, mit dem nächstes Jahr Straßenlaternen auf die LED-Technik umgerüstet werden sollen.

Der Schuldenstand wird sich bis zum Ende des Jahres 2017 unter der angenommenen Kreditaufnahme auf voraussichtlich rd. 12,1 Millionen Euro erhöhen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die vorgesehenen Investitionen, insbesondere die dringend erforderlichen Straßenbaumaßnahmen und Investitionen in die Wasserversorgung unbedingt nötig sind, sollten hier keine Einschnitte gemacht werden, zumal sich das Zinsniveau zurzeit nach wie vor günstig darstellt - ja, wir haben weiterhin historisch niedrige Zinsen.

Gleichfalls muss bedacht werden, dass die kofinanzierten Darlehen in Zins und Tilgung erheblich vom Land Hessen subventioniert werden und diese Bezuschussung klassisch als Zuweisung abgewickelt worden und somit überhaupt nicht in den Schuldenstand geflossen wäre. Die durch das Land Hessen mitfinanzierten Förderdarlehen sind daher nicht in den vorgenannten Werten enthalten. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Einzeldarstellung der Schulden in der Verbindlichkeitenübersicht des Haushaltsplanes auf den Seiten 336 und 337.

Es verbleibt mithin als Fazit aus Vorgenanntem:

Ja, wir müssen uns auch im Jahr 2017 wieder nicht unerheblich fremdfinanzieren, es bleibt uns aber überhaupt keine andere Wahl, wir kommen an diesen neuen Schulden nicht vorbei. Alleine fast 1,5 Millionen Euro werden im Bereich der Straßen, der Wasserversorgung, der Straßenbeleuchtung der Dorfgemeinschaftshäuser und Mehrzweckhallen sowie der Abwasserbeseitigung investiert. Alles Maßnahmen der Daseinsvorsorge, keine Denkmäler und meistens unter der Erde und somit noch nicht einmal sichtbar.

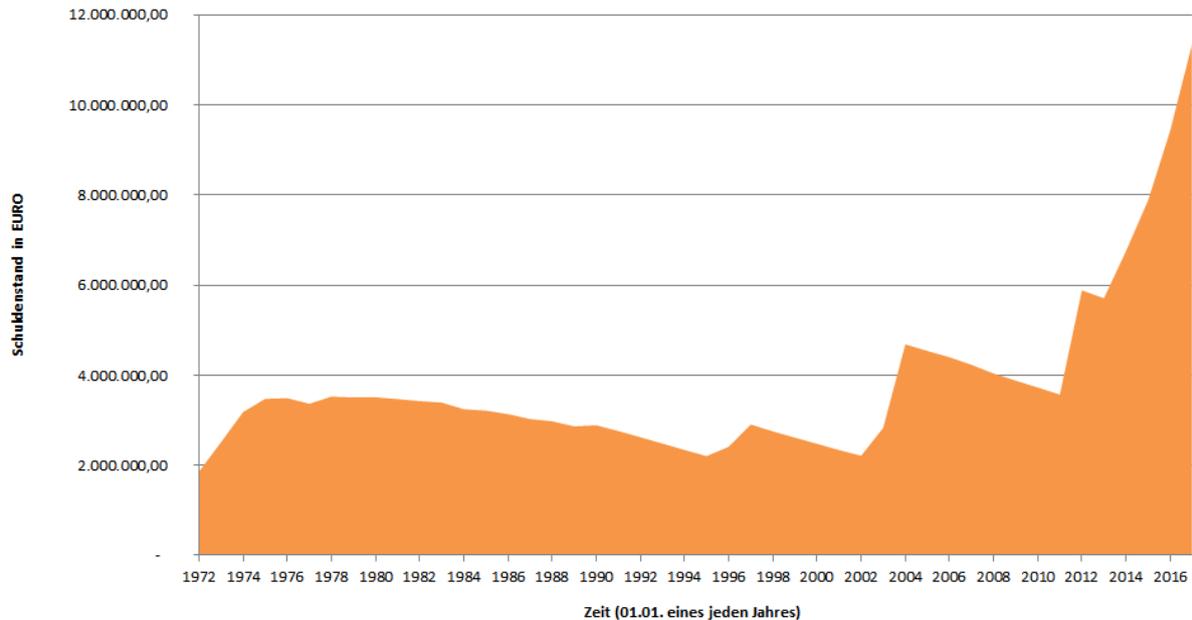
Das in 2008 bewilligte Darlehen aus dem Abwassersofortprogramm wurde damals - im Rahmen des Gesamtdeckungsprinzips - für Anderes verwandt, die Aufgabe war geblieben und musste zuletzt über Schuldenaufnahme fremdfinanziert werden. Kreditaufnahmen am freien Kapitalmarkt konnten seinerzeit anfänglich unterbleiben, was ja auch richtig war, sodass es uns zuletzt und jetzt mit doppelter Härte traf und trifft, indem die Verschuldung für die Abwassermaßnahmen selbst, aber auch für die häufig begleitenden Wasser- und Straßenbaumaßnahmen nachgeholt werden muss.

Aber es hat auch etwas Positives: Die Zinssätze sind jetzt bedeutend niedriger und zum Glück haben wir es bisher immer geschafft, die Mini-Zinssätze über die Gesamtlaufzeit festgeschrieben zu bekommen, auch in 2016 wieder zu beeindruckenden 1,16 % auf 25 Jahre.

Das ist äußerst wichtig, denn wir müssen wie gesagt weiterhin alles daran setzen, dass die Zinslast nicht aus dem Ruder läuft, denn gemeinsam mit den nun einmal vorhandenen Abschreibungen könnte sie einen Haushaltsausgleich dauerhaft, und zwar langfristig, zunichtemachen.

Allerdings muss man auch festhalten, dass es im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen einen Investitionsstau gibt, der uns noch Jahre beschäftigen wird. Dieses hat nicht zuletzt der Hessische Landesrechnungshof im Bereich der Straßen festgestellt.

Entwicklung der Schulden 1972 - 2017



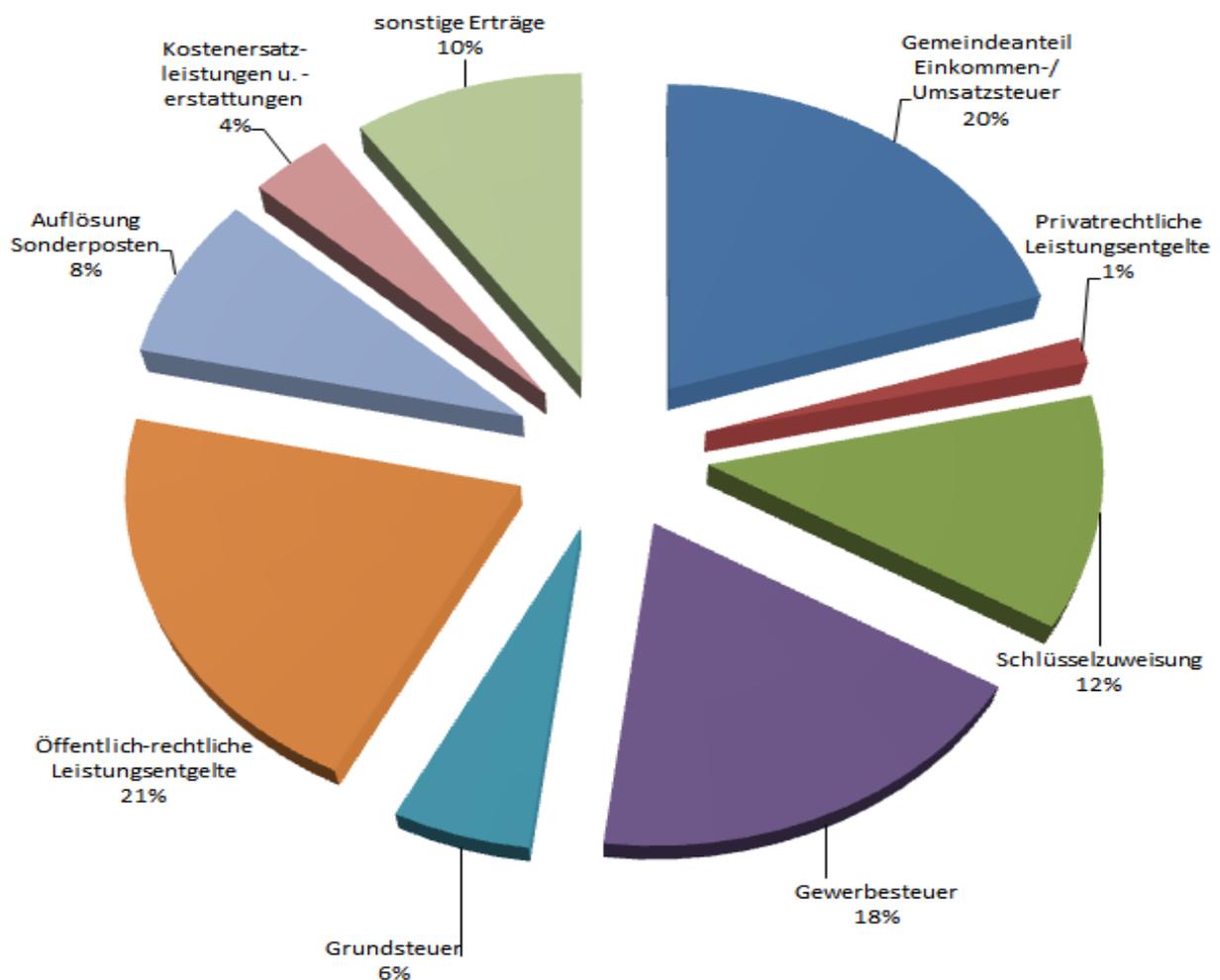
Erneut können Sie in diesem Haushalt in gewohnter Weise den laufenden Ansatz, den des Vorjahres und das Ergebnis des Vorvorjahres erkennen, wobei die Werte 2015 noch vorläufigen Charakter haben, da der Abschluss zwar vom Magistrat aufgestellt ist, jedoch noch nicht seitens der Revision geprüft wurde und somit auch nicht von Ihnen final beschlossen werden konnte.

Der Finanzhaushalt wird mit einem Finanzmittelüberschuss von rd. 193.000 Euro festgesetzt, was über dem Vorjahreswert liegt. Das bedeutet, dass der Ergebnishaushalt nicht nur die Abschreibungen erwirtschaftet, sondern nach den Tilgungsleistungen noch etwas Geld übrig sein wird, was durch die Finanzfehlbedarfe früherer Jahre auch nötig ist.

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge beläuft sich in 2017 auf 11.705.098 Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr von deutlichen 4,8 % entspricht.

Ergebnishaushalt 2017

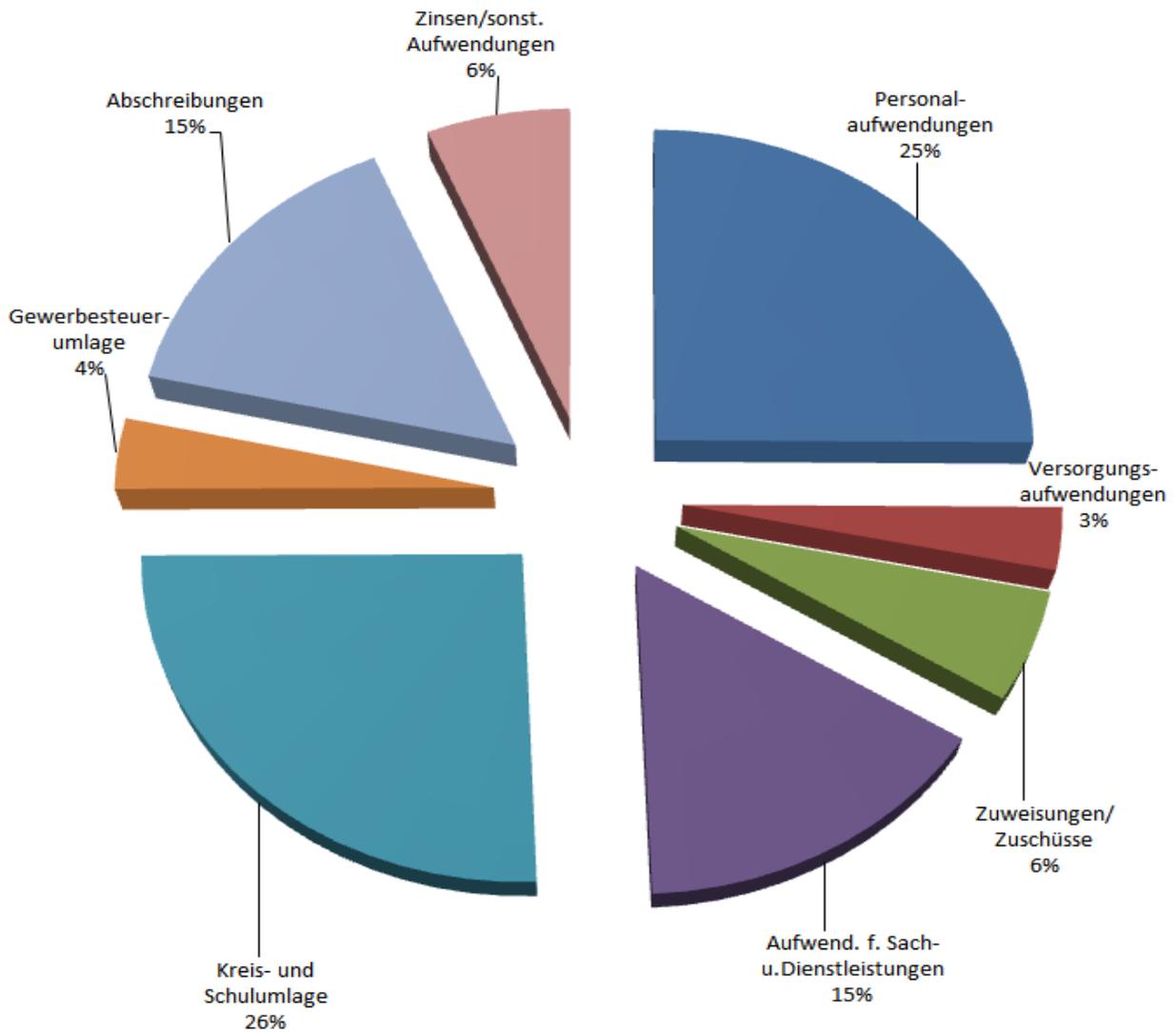
Ordentliche Erträge 11,71 Mio. €



Die ordentlichen Aufwendungen steigen hingegen etwas stärker mit 5,1 % auf jetzt 11.675.566 Euro.

Ergebnishaushalt 2017

Ordentliche Aufwendungen 11,68 Mio. €

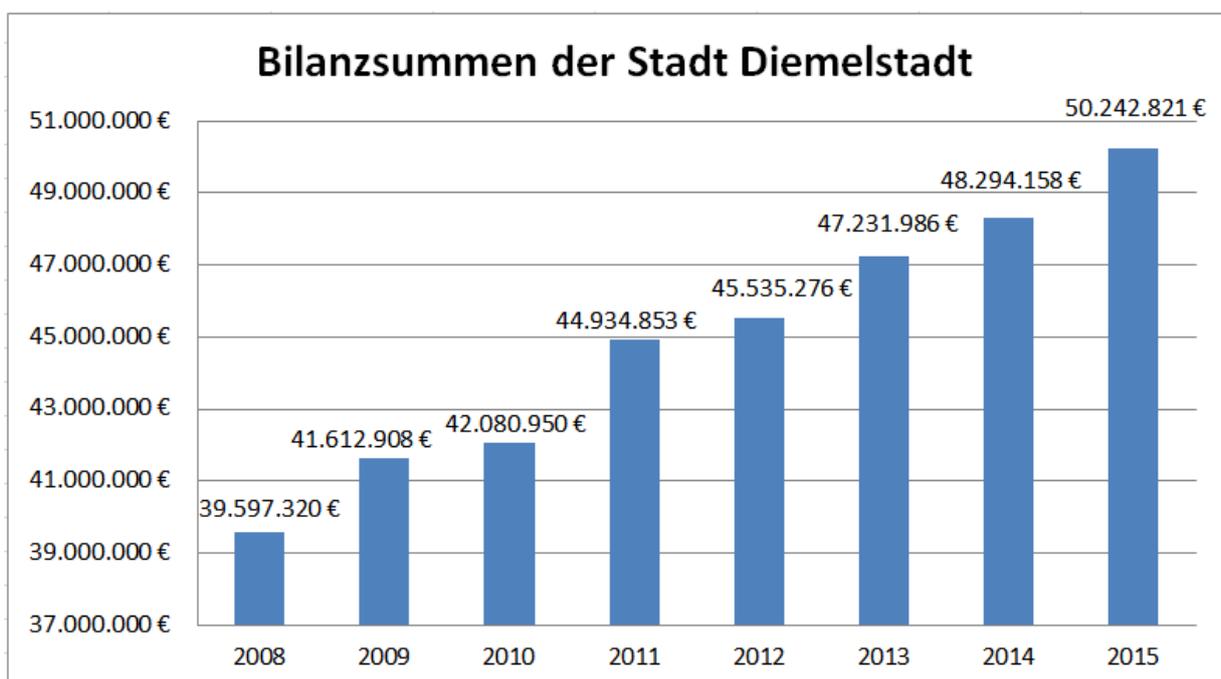


Die Auszahlungen für Investitionen beziffern sich in 2017 auf 1.733.500 Euro, was einem erheblichen Rückgang von 12,8 % entspricht und insbesondere im Abschluss der Maßnahmen aus dem Abwassersofortprogramm begründet ist.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit fallen um deutliche 52,1 % auf 213.114 Euro, da im Vorjahr eine größere gewerbliche Grundstücksveräußerung eingeplant war. Auch dieses erklärt die erneut hohe Kreditaufnahme. Die weiteren erheblichen Ertrags- und Aufwandsänderungen wollen Sie bitte dem ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan, Seiten 20 bis 28 entnehmen.

Die Investitionsschwerpunkte habe ich eben bereits genannt. Bewusst wurden alle anderen Notwendigkeiten, so weit wie möglich, in nachfolgende Perioden verschoben. Dennoch sind es wieder rd. 1,73 Millionen Euro an Investitionssumme.

Der Fachbereich Finanzdienste zeigt jedes Abschlussjahr die Entwicklung der Bilanzsumme, Sie erinnern sich. Auch hier sei nochmal darauf hingewiesen, dass im Jahr 2009 mit einer Bilanzsumme von rd. 39,6 Millionen Euro in die Doppik gestartet wurde und wir im Jahr 2015 bereits bei stolzen 50,2 Millionen Euro (Bilanzverlängerung) angekommen sind, trotz hoher Abschreibungen. Dabei wurde das zusätzliche Fremdkapital maßgeblich für rentierliche Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt.



Wir haben in sehr kurzer Zeit zahlreiche Probleme im Bereich Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung bereits gelöst, zwangsläufig kommen jetzt zunehmend die Straßen in den Fokus.

Übersicht Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Diemelstadt

Komplettausbau Anliegerstraßen Wrexen			
Stadtteil	Straße	mit Beitrag (Jahr)	Baukosten inkl. Nebenkosten
Wrexen	Hauptstraße	2012	0,7 Mio
Wrexen	Fabrikweg	2013	0,1 Mio
Wrexen	Hinterstraße	2013	0,2 Mio
Wrexen	Klappstraße	2013	0,3 Mio
Wrexen	Ringweg	2013	0,2 Mio
Wrexen	Südstraße	2015	0,3 Mio
Wrexen	Schulstraße	2015	0,5 Mio
Wrexen	Zur Heide	2015	0,3 Mio
Wrexen	Diemelweg	2015	0,3 Mio
Gesamtkosten			3,0 Mio

Abwassersofortprogramm Rhoden + Wrexen			
Stadtteil	Straße	mit Beitrag (Jahr)	Baukosten inkl. Nebenkosten
Rhoden	Warburger Weg	2015	0,05 Mio
Rhoden	Lange Straße	2015	0,05 Mio
Wrexen	Gartenstraße	2015	0,15 Mio
Rhoden	Helmighäuser Straße	2015	0,1 Mio
Rhoden	Über den Lärchen	2016	0,1 Mio
Wrexen	Winterberg	2016	0,1 Mio
Wrexen	Scheuermanns Weg	2016	0,1 Mio
Wrexen	Sudetenstraße	2016	0,15 Mio
Wrexen	August-Koch-Straße	2016	0,2 Mio
Wrexen	Bergstraße	2016	0,1 Mio
Wrexen	Orpethaler Straße	2016	0,1 Mio
Rhoden	Teichheide	2016	0,2 Mio
Wrexen	Triftstraße	2016	0,2 Mio
Gesamtkosten			1,6 Mio
Komplettausbau Anliegerstraßen Wrexen			
Wrexen	Triftstraße	2017	0,9 Mio
Wrexen	Triftstraße	2018	0,6 Mio
			1,5 Mio

Komplettausbau Anliegerstraßen Rotes Land			
Stadtteil	Straße	mit Beitrag (Jahr)	Baukosten inkl. Nebenkosten
Hesperinghausen	Alter Weg	2018/2019	0,3 Mio
Hesperinghausen	Neuer Weg	2018/2019	0,2 Mio
Helmighausen	Tannenbergl	2019/2020	0,6 Mio
Helmighausen	Violinenstraße	2019/2020	0,2 Mio
Neudorf	Wilhelmsstraße		0,5 Mio
Orpethal	Am Kehlberg		0,3 Mio
Gesamtkosten			2,1 Mio
Komplettausbau Rhoden (ggf. Städtebaulicher Denkmalschutz)			
Stadtteil	Straße	mit Beitrag (Jahr)	Baukosten inkl. Nebenkosten
Rhoden	Landstraße		3,8 Mio
Rhoden	Kuhweg		0,5 Mio
Rhoden	Neustadt		0,5 Mio
Rhoden	Gruland		0,4 Mio
Rhoden	Obere Straße		0,3 Mio
Rhoden	Lange Straße		0,3 Mio
Rhoden	Krethagen		0,3 Mio
Gesamtkosten			6,1 Mio

Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zu den einzelnen Teilergebnishaushalten machen:

Die Wasser- und Abwassergebühren sind 2013 von Ihnen im Rahmen des teilweisen Anschlusses an die Stadtwerke Warburg sowie der Einführung der von der Rechtsprechung verlangten Niederschlagswassergebühr angepasst worden. Das Produkt Wasserversorgung wird nächstes Jahr mit einem Defizit von rd. 112.000 Euro abschließen. Spätestens nach kompletter Umstellung der Wasserversorgung für die Stadtteile Rhoden, Wethen und Wrexen sind die Wassergebühren anzupassen. Im Bereich der Abwasserbeseitigung wird weiterhin mit Gebührenausgleich gerechnet, wenngleich in 2017 aber rd. 26.000 Euro der Gebührenausgleichsrücklage entnommen werden müssen.

Der Teilergebnishaushalt Abfall ist seit Jahren ausgeglichen, erneut jedoch auch nur über eine Rücklagenentnahme. Nach jetzigem Stand wird zumindest im Finanzplanungszeitraum bis 2020 keine Gebührenerhöhung nötig werden.

Der Friedhofshaushalt ist nach Neukalkulation auch nächstes Jahr ausgeglichen. Defizitär ist natürlich nach wie vor der Gebührenhaushalt der Gemeinschaftshäuser.

Durch verpflichtende Neueinstellungen steigen die **Personalkosten im Gebührenhaushalt Kindergärten** erheblich, was schlussendlich zu einer Defiziterhöhung auf rd. 821.000 Euro in 2017 führt. Wir lassen uns unsere Kinder etwas kosten, Diemelstadt ist familienfreundlich und daran wird sich auch nichts ändern. Wir können es uns auch noch leisten und ich hoffe, dass das so bleiben wird. Mich ärgert jedoch immer mehr, dass wir bei den laufenden Mehrkosten der erweiterten Kinderbetreuung seitens des Bundes, des Landes und des Kreises als Gemeinden am „Ende der Nahrungskette“ zunehmend alleine gelassen werden. Die Investitionen in U3 wurden zwar hochsubventioniert, aber nun bleibt das Meiste wieder an uns hängen. Hier muss langfristig eine strukturelle Reform her, das lässt sich einfach nicht mehr vermeiden. Es kann nicht sein, dass die Kindergärten mit ihrer großartigen frühkindlichen Förderung immer die Defizitcharts anführen, damit ungerechterweise in ein falsches Bild gerückt werden und einem enormen Kostendruck unterliegen.

Ähnliche Beispiele sind die auch im Rahmen einer familienfreundlichen Diemelstadt wieder eingeplanten Aufwendungen für die Zuschüsse **Betreuende Grundschule** sowie das **Anrufsammeltaxi** in Höhe von 23.500 Euro und 22.000 Euro. Ich hoffe vor allem im Interesse der Kinder und ihrer Familien, dass dieses gesellschaftliche Problem in einer so starken Volkswirtschaft wie der deutschen alsbald erkannt und behoben wird. Verstärkt wird dieses noch durch die neue Situation im Zuge der Flüchtlingskrise, auch hier muss der Staat sich Gedanken machen.

Für die Veranstaltung des **Drachenfestes** wird vorsorglich wieder ein Betrag in Höhe von 6.000 Euro als Erlös und 6.000 Euro als Aufwand veranschlagt. Der Veranstalter des Drachenfestes zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 die entstehenden Kosten direkt selbst. Für darüber hinaus entstehende Aufwendungen, die nur die Stadt in Auftrag geben darf, ist der Aufwandsansatz eingestellt worden. Da der Betrag dann nach dem Drachenfest dem Veranstalter 1:1 in Rechnung gestellt wird, ist entsprechend der Erlösansatz in gleicher Höhe veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, ist bezüglich möglicher Liquiditätsengpässe vorsorglich mit jetzt 2 Millionen Euro vorgesehen.

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich komme jetzt zum Finanzhaushalt.**

Üblicherweise gebe ich an dieser Stelle eine Vorausschau über unsere volkswirtschaftlichen Erwartungen ab. Der Finanzplanungserlass des Hessischen Innenministers im Einvernehmen mit dem Hessischen Finanzminister, der den Städten und Gemeinden mehr als eine Richtschnur für die Planaufstellung ist, sieht im Allgemeinen ausgesprochen gut aus. Über die Diemelstädter Steuerentwicklung im Besonderen habe ich schon etwas gesagt. Die fiskalische Situation auf der einen Seite, die Stimmungslage in unserem Land auf der anderen Seite könnten jedoch im Moment kaum unterschiedlicher sein. Es ist vieles ins Ungleichgewicht geraten. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in kürzester Zeit massiv verändert.

Nicht wenige in diesem Raum gehören wie ich den Jahrgängen an, die ihre Kindheit, Jugend und Zeit des Erwachsenwerdens in einem geteilten Vaterland erleben mussten. Dennoch schien die Welt für viele gerade in dieser Zeit noch in Ordnung: Es gab eine lange Phase nur wenige Parteien im Bundestag, die politischen Lager waren relativ einfach zu definieren, im Fernsehen gab es ARD, ZDF, wenn es gut ging zwei Dritte Programme und bei entsprechenden Wetterlagen noch das DDR-Fernsehen, die Welt war zweigeteilt, das Feindbild war klar, selbst in den schlimmsten Phasen des Kalten Krieges wusste man immer, wer gut und böse ist, Kriege gab es, aber deren Auswirkungen waren für uns nicht direkt spürbar, die Schere zwischen arm und reich war noch nicht so stark aufgeklappt, die Marktwirtschaft war noch sozial – ich könnte dieses beliebig weiterführen.

Ich möchte es aber nicht falsch verstanden wissen, dass früher alles besser war, nein, wir haben uns gemeinsam verändert und müssen uns den neuen Bedingungen stellen. Nach der Wende 1989/1990 und dem Wegfall des Eisernen Vorhangs dachten fast alle, es kann nur aufwärts gehen, der Europäische Gedanke schien dem Amerikanischen Traum nicht mehr lange nachzustehen. Wie schnell die Realität die Gesellschaft eingeholt hat, konnte sich wohl kaum einer vorstellen. Sozialpolitische Einschnitte um die Jahrtausendwende haben zu weiteren Veränderungen geführt, der Bundestag ist jetzt bunter, aber die Farben vermischen sich, die Konturen sind nicht mehr so erkennbar wie früher, die Medien haben immer mehr an Bedeutung gewonnen, die Wirtschaft ist weitestgehend globalisiert, Freund und Feind in der Welt sind manchmal gar nicht mehr so einfach erkennbar, Banken-, Schulden- und Euro-Krise prägten das Ende des letzten und die erste Hälfte dieses Jahrzehnts, wurden dann aber sehr schnell durch die Flüchtlingssituation in der Wahrnehmung verdrängt und die Folgen von Kriegen und weltweitem Terrorismus sind bei uns angekommen, Europa befindet sich gleich in vielen Bereichen in seiner schwersten Prüfung.

Die Menschen sind tief verunsichert, obwohl ein Großteil - insbesondere aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Situation - vom Glücklichen sein spricht.

Ich bin seit Anbeginn der Flüchtlingskrise von dem Anspruch getrieben, die **Zuwanderung als Chance** zu sehen, zumindest bei uns vorort alle Beteiligten in diesem Prozess mitzunehmen. Auch aus diesem Grund hatte ich mich nach der ersten Zukunftswerkstatt mit Dr. Winfried Kösters im Januar 2015 intensiv darum bemüht, dass die Stadt Diemelstadt in das **Modellprojekt „Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum“** aufgenommen wird.

Wir haben in diesem Jahr sehr viel an dem Thema gearbeitet.

Sie, meine Damen und Herren, haben letztes Jahr noch in der „Weihnachtssitzung“ genehmigt, eine vorübergehende Teilzeitstelle für die Flüchtlingskoordination einzurichten. Frau Maria Schmidt führt diese Tätigkeit hervorragend aus, mein herzlicher Dank an Frau Schmidt, sie hat nicht nur den Flüchtlingen sehr geholfen, sondern auch die Verwaltung mit dieser Tätigkeit entlastet. Frau Daniela Scholz ist bekanntlich im Spätsommer zur Stadt Diemelstadt gewechselt und hat im Referat des Bürgermeisters als Fachdienstleiterin mit Frau Schmidt unter anderem die Projektsteuerung, die Koordination der Ehrenamtlichen sowie das Thema Sprachausbildung und Integration zu verantworten. Auch an Frau Scholz vielen Dank für das große Engagement in den ersten Wochen. Wir sind personell gut aufgestellt für diese Aufgabe und das Projekt.

Zahlreiche Workshops haben dieses Jahr zum Thema Flüchtlinge stattgefunden, insbesondere unter Einbindung der ehrenamtlichen Kräfte, denen ich an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank aussprechen möchte. Ohne sie wäre diese Mammutaufgabe niemals zu bewältigen gewesen. DANKE!!!

In einer Auftaktveranstaltung hat der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, im Juni gemeinsam mit den Bürgermeistern ausgewählter Kommunen die Teilnahme am Modellvorhaben „Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum“ vereinbart. „Sieben hessische Städte und Gemeinden aus sieben verschiedenen Landkreisen werden in den kommenden eineinhalb Jahren mit ihren innovativen Projekten zeigen, wie sie eine langfristige Bindung der Zuwanderer an ihren Ort sicherstellen. Sie stehen beispielhaft für die Idee, dem demografischen Wandel mit der Integration von Flüchtlingen zu begegnen.

Von diesem Modellvorhaben profitieren im Endeffekt viele: die Gemeinden, die Ortsgemeinschaften und die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive – eine Förderung des Landes gibt dazu die notwendige Starthilfe und Betreuung“, sagte Wintermeyer.

Die Stadt Diemelstadt ist nun Modellkommune für Integration.

Mit einer „Zukunftswerkstatt 2.0“ sollen die Teilhaber aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Vereinen, Kirchen und der Bürgerschaft gemeinsam ein Leitbild mit einer Konzeption erarbeiten, mit Zuwanderung dem demografischen Wandel zu begegnen. Im Mittelpunkt der mit insgesamt 300.000 Euro dotierten Initiative der Hessischen Staatskanzlei steht die Förderung kleiner, ländlicher Kommunen, die in der Zuwanderung eine Chance sehen.

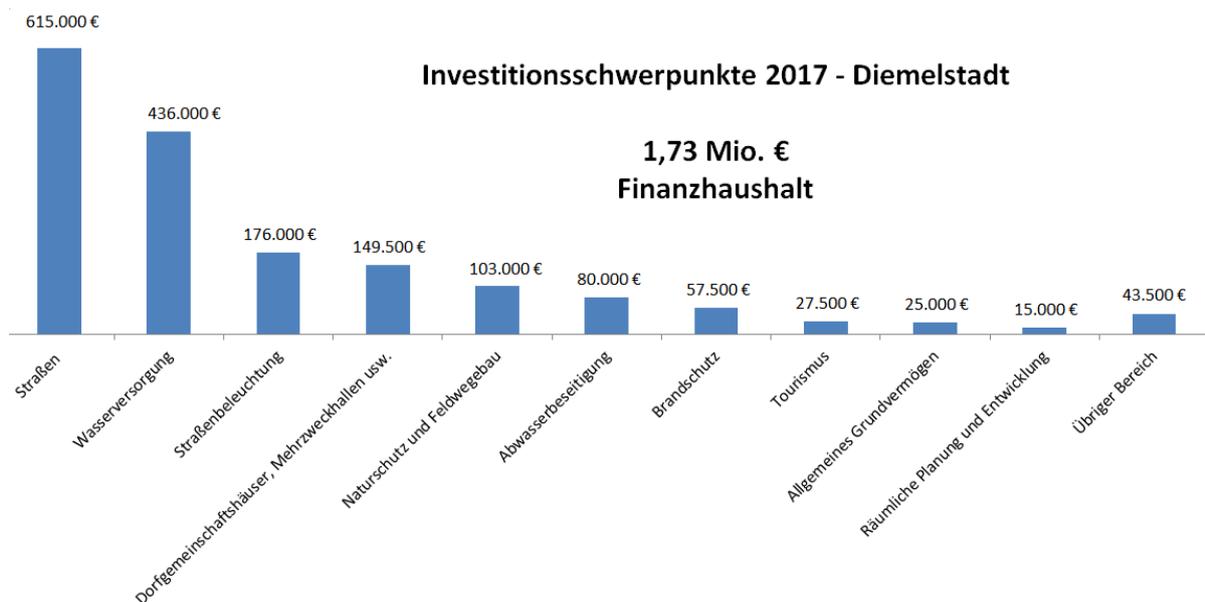
„Flüchtlinge mit dauerhaftem Bleiberecht können eine Bereicherung für die ländlichen Gemeinschaften sein. Zudem helfen sie als Teil einer vielfältigen Ortsgemeinschaft, die Probleme des demografischen Wandels wie leerstehenden Wohnraum, die Schließung von Schulen oder die Verschlechterung des öffentlichen Personennahverkehrs abzumildern. Mit dem Modellvorhaben beweisen nun sieben Kommunen, wie aus dieser Idee Wirklichkeit wird“, so Staatsminister Wintermeyer, der zugleich auch Demografiebeauftragter und Flüchtlingskoordinator der Hessischen Landesregierung ist.

Wir wollen dieses Projekt mit Leben erfüllen, in den Workshops ist daher in einer Ideenschmiede eine Vielzahl von Ansätzen formuliert worden, die es nun umzusetzen gilt. Ein besonderes Augenmerk möchte ich auf **die Einbeziehung der Vereine und gesellschaftlichen Gruppen** in Diemelstadt setzen, daher wird im Januar 2017 wieder unter der Anleitung von Herrn Dr. Winfried Kösters eine größere Veranstaltung stattfinden, in der sich insbesondere die vorgenannten Gruppen einbringen können. Eine spannende Sache, auf die ich mich bereits jetzt sehr freue und Sie herzlich dazu einlade.

Wie gesagt, muss es aber auch haushalterisch weitergehen.

Herr Budde, Sie haben in Ihrer letztjährigen Haushaltsrede unter anderem als Vision für die nächsten Jahre vorgegeben, dass der Begriff „Abwassersofortprogramm“ aus dem Wortschatz gestrichen werden kann. Ich glaube, dass wir dieses alsbald tun können, denn es ist uns tatsächlich gelungen, bis auf die gewollte Ausklammerung der Maßnahme Landstraße, alles umzusetzen. Es war richtig, den Fachbereich Technische Dienste für dieses außergewöhnliche Projekt personell und temporär zu unterstützen, und daher gilt auch mein besonderer Dank den Kolleginnen und Kollegen vom Fachbereich 3 unter der Leitung von Eckard Bodenhausen und der Projektbetreuung von Sebastian Boos. Letztes Jahr an gleicher Stelle ragte im Balkendiagramm unserer Investitionsschwerpunkte die Abwasserbeseitigung über alles deutlich hinaus. Nun kommen zwangsläufig die Folgemaßnahmen und auch das wird uns nochmals viel kosten und weiter eine Menge Arbeit verursachen. Die unterlassenen Investitionen früherer Jahre und die damit verbundenen ausgebliebenen Schuldenaufnahmen holen uns jetzt ein.

Alle investiven Maßnahmen sind im Tabellenteil des Haushaltsplanes auf den Seiten 52 bis 64 dargestellt und auf den Seiten 28 bis 33 erläutert. Aufgrund dessen möchte ich an dieser Stelle auch nicht noch einmal detailliert auf die zahlreichen Ansätze eingehen.



In Diemelstadt wird mit rd. 1,73 Millionen Euro weiterhin nicht unerheblich investiert.

Als Einzelschwerpunkte nächstes Jahr möchte ich nur nennen die Beschaffung mobiler Geschwindigkeits-Messanlagen, den Erwerb von feuerwehrtechnischer Ausrüstung, den Bau der Wasserverbindungsleitung von der Kläranlage Rhoden zum Hochbehälter „Auf der Hude“, die Kanal- und Wasserleitung des I. Bauabschnitts der Triftstraße sowie einschließlich eines Teilbereichs der Straße „Winterberg“ der Straßenbau hierzu, Investitionen in der Kläranlage Wrexen, die Entwurfsplanung für die Straßen „Alter Weg“ und „Neuer Weg“ sowie „Violinenstraße“ und „Stadtberger Weg“, die bereits erwähnte großflächige Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms, die Feldwegesanierung, weitere Investitionen in die Sanierung der Dorfhalle Helmighausen sowie die Dachsanierung und den Küchenaustausch in der Mehrzweckhalle/HdG Wrexen. Hinzu kommen noch zahlreiche andere Beschaffungen und Investitionen, deren einzelne Nennung hier den Rahmen sprengen würde.

Auch sollen in 2017 weiter Haushaltsreste abgebaut werden, sodass Neuveranschlagungen teilweise entbehrlich sind. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die umfänglichen Haushaltsreste früherer Jahre doch erheblich abgebaut werden konnten und demzufolge bekanntlich auch keine große „Kreditblase“ mehr besteht. Auch dieses alles dient dem **Grundsatz der Haushaltswahrheit und –klarheit.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Haushaltszeit ist nicht nur Zeit nach vorne zu schauen, sondern zugleich wieder Gelegenheit, kurz Rückblick auf das Jahr 2016 zu nehmen. Stichpunktartig und beispielhaft seien hier einige Themenfelder über die Haushaltsplanung hinaus genannt, an die man sich zum Jahresende erinnert.

- Ein besonders herausragendes Ereignis dieses Jahr war natürlich die **Kommunalwahl** und die darauffolgende Konstituierung der städtischen Gremien, wohlverdiente Mitglieder haben uns verlassen, zahlreiche neue Mandatsträger sind zu uns gestoßen, wir freuen uns über diese dynamische Demokratie!

- Die **Überarbeitung des städtischen Internet-Auftritts** konnte dieses Jahr endlich abgeschlossen werden. Ich denke, dass es uns gemeinsam mit der ekom21 sehr gut gelungen ist und sich unsere Homepage nunmehr im responsiven Webdesign modern, informativ und ansprechend darstellt.
- Eine beeindruckende zweitägige **875-Jahr-Feier in Wrexen**, wo sich wieder einmal gezeigt hat, wozu eine intakte Ortsgemeinschaft in der Lage ist, nämlich den Stadtteil vorbildlich den Gästen zu präsentieren und dabei auch noch den Zusammenhalt zu stärken.
- Ein wunderbares **Schützenfest in Hesperinghausen**, das **ausgezeichnete Landsknechtjubiläum in Rhoden**, hervorragende **Viehmärkte** in Wrexen und Rhoden und manche kleinere Feste, bei denen wieder einmal die Heimatliebe, Verbundenheit und Geselligkeit beispielhaft zum Ausdruck kamen.
- Der **Stadtfeuerwehrtag** sowie die Jubiläen 40 Jahre Jugendfeuerwehr Hesperinghausen und kurz danach Helmighausen - in diesem Zusammenhang mein großer Dank an alle Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren, die auch dieses Jahr wieder Großes geleistet haben. Wir wissen, was wir an unseren Feuerwehren haben und deren Ausstattung kann sich sehen lassen.
- Der **städtische Seniorentag** in Form eines Ausflugs zum Edersee

Lieber Heinz Gärtner, Deinen Worten aus der Rede als Alterspräsident hier in der konstituierenden Sitzung gerne folgend, verstehen wir unter einer familienfreundlichen Stadt Diemelstadt auch weiterhin eine dem demografischen Wandel folgende Betreuung unserer betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Nach hervorragendem Anklang zu dem diesjährigen Ausflug haben wir solch eine Veranstaltung auch für nächstes Jahr wieder fest eingeplant. Darüber hinaus sind aber in der Ideenwerkstatt des Flüchtlingsprojekts, quasi als Nebeneffekt, auch verstärkt Punkte zur Verbesserung der Teilhabe im Alter herausgearbeitet worden, die es jetzt gilt weiterzuentwickeln. Also: Familienfreundlichkeit nicht nur in eine Richtung im Hinblick auf die Förderung unserer Jüngsten, sondern auch in Form der Begleitung des Älterwerdens mit all seinen Problemen und Widrigkeiten.

Zwei weitere Themen haben uns dieses Jahr weiterhin sehr intensiv beschäftigt: **Windkraft** und **Breitbandausbau**! Über beides haben wir ja in den letzten Wochen viel geredet. Neben der Flüchtlingssituation werden das die wichtigsten Aufgabenstellungen der nächsten Jahre bleiben. Ich möchte nicht das bereits Gesagte hier wiederholen, daher werde ich mich auch in Anbetracht der heutigen Tagesordnung hierzu nur noch einmal auf wenige Sätze beschränken: Eine Stadtverordnetenversammlung, ein Magistrat und ein Bürgermeister haben die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu wahren, sie zu würdigen und nach außen zu vertreten. Ich kann daher nicht verstehen, warum dieses in den übergeordneten Verfahren so wenig Berücksichtigung gefunden hat. Es muss daher weiterhin alles dafür getan werden, wie immer gemeinsam einen Weg zu finden, unter Abwägung aller Interessen Lösungen zu suchen, die möglichst vielen gerecht werden. Wichtig ist auch hier, eine Strategie zu haben, die Beteiligten mitzunehmen und somit Transparenz zu geben.

Dasselbe gilt für das Thema Breitbandversorgung. Das Großprojekt der nordhessischen Landkreise ist in eine entscheidende Phase getreten, die Ziele sind hoch gesetzt, man muss aber nach dem bisherigen Projektverlauf hinsichtlich Einhaltung des Zeitrahmens weiter skeptisch bleiben und alle alternativen Möglichkeiten ausschöpfen, die sich zielführend anbieten. Ich bin froh, dass wir zumindest für einige Wirtschaftsbetriebe zwischenzeitlich eine **Interimslösung per Richtfunk** auf den Weg bringen konnten, wenn auch das sich schwieriger gestaltet, als anfänglich angenommen. Vielleicht hilft uns dieses Konstrukt ja auch nochmals bei Ausbau des Verkabelungsringes weiter.

Nachdem ich letztes Jahr im Rahmen meines Direktionsrechts als Bürgermeister die Organisationsstruktur der gesamten Verwaltung im Rahmen eines wirkungsorientierten Verwaltungsmanagements auf das Fachbereichs- und Fachdienstmodell umgestellt hatte, muss ich sagen, dass sich dieses zwischenzeitlich eingespielt und bewährt hat. Erschwerend kam dieses Jahr jedoch hinzu, dass durch den Weggang eines Mitarbeiters in der Verwaltung nochmals umgebaut werden musste und das bei steigender Aufgabenbelastung und auch längerem krankheitsbedingten Ausfall einer weiteren Mitarbeiterin.

Ich bitte daher nochmals um Nachsicht, wenn diesbezüglich das eine oder andere mal etwas holprig verlief.

Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen drei Bereichen der Stadtverwaltung, im Rathaus, den Kindergärten und dem Bauhof habe ich gleichermaßen für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit zu danken, es war erneut kein einfaches Jahr. Gemeinsam konnte vieles auf den Weg gebracht, intensiviert und auch vollendet werden.

Mit diesem Haushaltsplan legt Ihnen der Magistrat gleichzeitig das **Investitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2020** vor, in dem Fortführungs- und neue Maßnahmen veranschlagt worden sind, zum Teil mit Verschiebungen in andere Haushaltsjahre. Das Investitionsprogramm, das überdies eine Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung darstellt, enthält keinen verbindlichen Maßnahmenkatalog, sondern in breiten Teilen Absichtserklärungen, deren Realisierung aber immer von neuem im Rahmen der einzelnen Haushaltsberatungen auf ihre Finanzierbarkeit zu überprüfen ist.

Im **Stellenplan** sind die folgenden Änderungen vorgenommen worden:

In der Kostenstelle Gemeindeorgane im Fachdienst 1.1 Referat des Bürgermeisters bleibt im Haushaltsjahr die 0,75-Stelle nach Entgeltgruppe 6 TVöD bestehen, weil die derzeitige Stelleninhaberin im Haushaltsjahr in die Freistellungsphase ihrer Altersteilzeitvereinbarung wechselt und die Stelle bis zum Renteneintritt ausgewiesen werden muss. Aufgrund dessen wird eine zusätzliche 0,75-Stelle nach Entgeltgruppe 6 TVöD im Stellenplan neu aufgenommen, damit während der Freistellungsphase die Stelle neu besetzt werden kann. Diese ist mit einem kw-Vermerk - künftig wegfallend - versehen, weil sie nach Renteneintritt der Kollegin ersatzlos wegfällt.

In der Kostenstelle Hauptverwaltung, ebenfalls Fachdienst 1.1 Referat des Bürgermeisters, wird im Haushaltsjahr eine Ausbildungsstelle für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten in der Verwaltung aufgenommen. Beginn der Ausbildung soll der 1.8.2017 sein. Die Ausbildung geht über einen Zeitraum von drei Jahren.

Zudem entfällt für die Stelle der Entgeltgruppe 11 TVöD der ku-Vermerk - künftig umzuwandeln -, weil eine entsprechende Anpassung des Aufgabengliederungsplanes im Fachbereich 1 durchgeführt wurde.

In der Kostenstelle Bauhof im Fachdienst 3.3 Bau- und Baubetriebshof wird im Haushaltsjahr die kw-Stelle der Entgeltgruppe 7 TVöD nun herausgenommen, weil der Stelleninhaber im Haushaltsjahr 2016 aus der Freistellungsphase seiner Altersteilzeit in die Altersrente übergegangen ist.

In der Kostenstelle Ordnungsamt im Fachdienst 1.3 Bürgerservice wurde wie bereits erwähnt nach eigener Kündigung des Stelleninhabers innerhalb der Verwaltung eine Umstrukturierungsmaßnahme mit Umsetzung durchgeführt. Zukünftig wird die Stelle von der Entgeltgruppe 8 TVöD auf die Entgeltgruppe 9 TVöD angehoben. Eine Aufgabenausgliederung im Rahmen eines gemeinsamen Ordnungs- und Verwaltungsbehördenbezirks Nordwaldeck ist nicht mehr beabsichtigt. Diese Stelle beinhaltet nun die Fachdienstleitung. Weiterhin wurde der ehemalige Fachdienst 1.4 Familienservice, also die Kindergärten Rhoden und Wrexen, in den Fachdienst 1.3 integriert und somit der Fachdienstleitung unterstellt, weil es sich in der Praxis bewährt hat, dass die verwaltungstechnischen Dinge (z. B. Berechnung der notwendigen Stellen, Ausschreibungen ...) im Rathaus abgewickelt werden.

In der Kostenstelle Sonstige soziale Hilfe und Leistungen im Fachdienst 1.1 Referat des Bürgermeisters wird im Haushaltsjahr die Stelle der **Flüchtlingskoordinatorin** von 25 Stunden auf 20 Stunden verringert. Dies ist zum einen darin begründet, dass der Landkreis Waldeck-Frankenberg die Flüchtlingsarbeit durch eigenes Personal stärker unterstützt und zum anderen, dass die Zuweisung von neuen Flüchtlingen stark abgenommen hat. Bedingt durch die gestiegenen Anforderungen bzw. Erweiterung der Tätigkeitsmerkmale wird im Haushaltsjahr die Stelle von der Entgeltgruppe 3 TVöD auf eine Stelle der Entgeltgruppe 4 TVöD angehoben. Weiterhin wird die Stelle mit einem kw-Vermerk versehen.

Der **personelle Mindestbedarf in den beiden Kindergärten** im Fachdienst 1.3 Bürgerservice muss nach Einführung des Hessischen Kinderförderungsgesetzes stets kinderbezogen neu berechnet werden. Ich hatte schon die Personalkosten-

steigerung in den Kindergärten eingangs ausführlich beschrieben und kommentiert. Dies führt im Ergebnis dazu, dass die Stellen im Kindergarten Rhoden auf 8,5 Stellen und im Kindergarten Wrexen auf 6,5 Stellen nach der Entgeltgruppe S 8a TVöD angehoben werden. In beiden Kindergärten bedeutet das jeweils eine Anhebung um eine 1,5-Stelle. Weiterhin wurden die Stellen der Erzieherinnen gemäß Tarifvertrag von den ehemaligen Stellen Entgeltgruppe S 6 TVöD auf die Stellen Entgeltgruppe S 8a angehoben, weil die Tätigkeitsmerkmale nun einer höheren Entgeltgruppe zugeordnet werden. Ebenfalls wurden die Entgeltgruppen der Kindergartenleitungen von Entgeltgruppe S 13ü TVöD auf Entgeltgruppe S 15 TVöD in Wrexen und von Entgeltgruppe S 15 TVöD auf Entgeltgruppe S 16 TVöD in Rhoden aufgewertet. Weiterhin wurden die Stellen der Raumpflegerinnen in den Kindergärten aufgrund der neuen Gruppen auf 0,8 Stellen im Kindergarten Rhoden und 0,9 Stellen im Kindergarten Wrexen erhöht.

In der Kostenstelle Allgemeine Bauverwaltung im Fachdienst 3.1 Bauen, Umwelt-/Denkmalschutz wird die vorhandene 1,5-Stelle der Entgeltgruppe 8 TVöD auf eine 1,1 Stelle der Entgeltgruppe 8 TVöD abgesenkt. Eine Stelleninhaberin stockt die Arbeitszeit auf Vollzeit auf, um dann halbtags jeweils in der Allgemeinen Bauverwaltung und in der Stadtkasse zu arbeiten. Eine gute Lösung, nach Rückkehr einer Mitarbeiterin in der Stadtkasse mit nochmals reduzierter Stundenzahl.

In der Kostenstelle Wasserversorgung im Fachdienst 3.3 Bau- und Betriebshof endet im Haushaltsjahr die berufliche Ausbildung des Auszubildenden. Damit verbunden wird eine Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD im Stellenplan neu aufgenommen.

Die Erstellung dieses Haushaltsplanes war erneut mit einer Menge Arbeit verbunden. Wegen Aktualität der Ereignisse mussten wir mehrmals den Plan nochmals abändern.

Ich darf mich an dieser Stelle bei den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz recht herzlich bedanken, insbesondere beim federführenden Fachbereich Finanzdienste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn es heute noch nicht die letzte Sitzung des Jahres ist, möchte ich mich bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrates, der Kommissionen, der Ortsbeiräte und der Presse für die erneut gute Zusammenarbeit bedanken.

Die **Diemelstädter Verhältnisse** haben auch nach der Kommunalwahl bald wieder ihre Fortführung gefunden und ich kann nur dafür werben, dass dieses so bleibt. Es würde keinen Sinn machen, gerade jetzt in immer schwierigeren Zeiten, dieses weit über unsere Grenzen beachtete Modell in Frage zu stellen.

Vertrauen in der täglichen Zusammenarbeit, Streiten in der Sache und Verfolgen einer daraus entstandenen Strategie muss unsere gemeinsame Devise bleiben. Jeder hier im Raum hat eine große Verpflichtung der gesamten Bürgerschaft gegenüber, das muss bei jedem Handeln berücksichtigt werden.

Besonderen Dank habe ich Erstem Stadtrat Dieter Oderwald auszusprechen. Dieter, Du hast auch dieses Jahr wieder zahlreiche Termine wahrgenommen und mich in Abwesenheit bestens im Rathaus vertreten, herzlichen Dank für diese vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ein Bürgermeister ist zwar auch im Urlaub immer im Dienst, aber es ist mehr als beruhigend, dass ich mich auf Dich verlassen kann. Wie bereits gesagt, es war ein schwieriges Jahr, zweifelsohne, und das nächste wird bestimmt nicht einfacher. Im Herbst nächsten Jahres wird die Bundestagswahl sein, und ich schlage vor, die Wahl zum Bürgermeister/zur Bürgermeisterin damit zu verbinden.

Viele weitreichende Entscheidungen werden wieder zu treffen sein, Interessen sind abzuwägen, Kosten und Nutzen von Maßnahmen müssen analysiert werden, aber alles ist stets einem unterzuordnen, dem Wohl unserer schönen, lebenswerten, familienfreundlichen und wirtschaftsstarken Stadt Diemelstadt und damit der gesamten Bevölkerung.

Ich bitte Sie abschließend, nach vorheriger Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, die Beratung und Beschlussfassung in der letzten Stadtverordnetenversammlung dieses Jahres am 9. Dezember vorzunehmen und weise nochmals darauf hin, dass im ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan die wesentlichen Veränderungen erläutert wurden, sodass sie jeder nachlesen kann.

Mein Redetext ist in gewohnter Weise dem Ihnen gleich auszuteilenden Haushaltsplan vorgeheftet und wird auch auf unserer Homepage unter www.diemelstadt.de hinterlegt.

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.